Die-In-Aktion vor dem Bundeswehrstand auf der GöBit 2025

Um 12 Uhr haben sich etwa ein Dutzend Personen vor dem Stand der Bundeswehr auf der GöBit symbolisch für Kriegstote auf den Boden gelegt. Mit Kunstblut erinnerten sie an die Opfer des Ukrainekriegs und warnten vor weiteren toten Soldat:innen. Weitere 20 Personen zeigten Banner und verteilten Flugblätter an Außenstehende und Interessierte. Zeitgleich wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Keine Ausbildung zum Töten – Bundeswehr wegtreten“ enthüllt.

„Die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber“, sagte die Schülerin Ayleen. „Sie versprechen uns gute Berufschancen, aber man verpflichtet sich sein Leben zu geben.“
Aus dem neusten Wehrbericht der Wehrbeauftragten des Bundestags geht hervor, dass im vergangenen Jahr 27 % der neuen Soldatinnen und Soldaten die Ausbildung in den ersten sechs Monaten wieder verlassen hatten. Immer wieder kommt es in den Kasernen wohl zu sexuellen Übergriffen und Demütigungen durch Vorgesetzte, 2024 liefen über 370 interne Ermittlungen wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, so der Wehrbericht. Diese Missstände und der harte Alltag in den Kasernen wird den Jugendlichen auf der Messe geschickt verschwiegen, beklagen die Protestierenden.

Besonders die Debatte über „Kriegstüchtigkeit“ und die Wiedereinführung der Wehrpflicht beunruhigt sie. Durch sie würden Jugendliche für ein Jahr in einer psychisch belastenden Institution gezwungen und von ihren Zukunftsträumen getrennt werden. Das Risiko besteht, dass der direkte Krieg zwischen europäischen und russischen Truppen in erster Linie den Tod von weiteren Hunderttausenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen bedeuten würde. Schon heute geht man von 500.000 Toten in der Ukraine aus und immer mehr Jahrgänge werden in den Krieg gezwungen.

„Deutsche Soldat*innen befinden sich unter dem Vorwand von "Frieden und Sicherheit" über den Globus verteilt im Einsatz, um geopolitische Interessen und den Zugang zu Ressourcen zu sichern. Deutsche Waffen werden beinahe überall hin exportiert: Saudi-Arabien, Israel, Mexiko, Ägypten, Türkei [...] das hat nichts mit demokratischen Werten oder feministischer Außenpolitik zu tun!“, heißt es in einem Flugblatt. Diese Logik der Sicherung von Frieden durch schwere Kriegswaffen hat sich im Kontext der deutschen Waffenlieferungen und Militärhilfe immer wieder als Trugschluss erwiesen. Der Wehrbericht 2024 beschreibt die Bilanz des Afghanistaneinsatzes als „ernüchtern und erschreckend“ und deutsche Waffenlieferungen sorgen immer wieder für Kritik.

„Noch mehr Rüstung und noch mehr Waffen, werden keinen Frieden schaffen! Will Deutschland den Frieden mit Russland durch Waffengewalt erzwingen?“ fragt Ayleen.
In den letzten drei Jahren hat die Bundesregierung mindestens für 40 Mrd. € Kriegswaffen an die Ukraine geliefert. Gleichzeitig gab es von der Bundesregierung kaum Forderungen für einen Waffenstillstand.

An dem Protest waren Schüler:innen, Studierende, Arbeitende sowie Rentner:innen beteiligt und die umstehenden begrüßten die Intervention. Nach etwa 10 Minuten räumte die Polizei den Protest mit körperlicher Gewalt. „Wir wollen nicht den Heldentod für deutsche Konzerne sterben. Wir wollen leben!“, rief Pjotr, als er von Beamten aus der Halle gezerrt wurde.

Initiator der Aktion ist das „Bündnis gegen den Krieg“.